

Neu erschienen

Position

Im Magazin der SDAJ fragen sich gleich mehrere Autoren, was von der DDR 70 Jahre nach ihrer Gründung und 30 Jahre nach ihrem Ende »bleibt«. In der Schule, heißt es im Editorial, lerne man über diesen Staat »eigentlich nichts«, außer dass er »als ›zweite Diktatur auf deutschem Boden‹ ein undemokratischer ›Unrechtsstaat‹ gewesen sein soll«. Im Heft geht es um die Begriffe »Unrechtsstaat« und »verordneter Antifaschismus«, um die Gründung der DDR und um die Grundrechte der Jugend.

Ein junger Genosse, der im Kölner Werk von Ford arbeitet, schreibt über die dortige Stimmung nach dem angekündigten Abbau von mehr als 3.000 Stellen. Man habe »echt Schiss, bald vor die Türe gesetzt zu werden«. Seltsamerweise sei aber in den letzten Monaten die Produktion erhöht worden, »wir sollten auch samstags arbeiten, und die Nachtschicht wurde ausgeweitet, weil die Nachfrage nach den Motoren angeblich sehr groß war«.

Ein Genosse, der als Sozialarbeiter unter anderem Wohngruppen betreut hat, berichtet von Arbeitsverhältnissen, bei denen offenbar »kein Arbeitsrecht« gilt. 24-Stunden-Dienste seien keine Seltenheit. Und die »30 Minuten Pause habe ich natürlich nie gemacht. Wie auch, wenn ich alleine im Dienst bin und neun Kinder betreuen muss«. (jW)

Position. Magazin der SDAJ, Heft 4/2019, 44 Seiten, 1,70 Euro, Bezug: Verein Position e. V., Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, E-Mail: position@sda-j-netz.de

Die Rote Hilfe

Im Schwerpunkt des Herbstheftes der Zeitschrift der Roten Hilfe geht es um »Verbrechen, die straflos bleiben« – nämlich die von Polizisten. Johann Heckel macht sich in diesem Kontext grundsätzliche Gedanken über »Autoritätshörigkeit«. Ein Beitrag des Bundesvorstandes der Roten Hilfe beschäftigt sich mit der Frage, wie sinnvoll es ist, wenn Betroffene von Polizeigewalt die uniformierten Täter anzeigen. Damit seien große Risiken verbunden. Solche Anzeigen mündeten nicht selten »in weiteren Demütigungen und Repressalien« gegen die Betroffenen.

Martin Hornung schreibt über die Geschichte der Berufsverbote in Baden-Württemberg. Hier gab es nach dem »Radikalenerlass« von 1972 bundesweit die meisten Berufsverbote gegen Linke, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren. Mittlerweile droht dem Heidelberger Lehrer Michael Csaszkóczy, dessen Fall vor 15 Jahren bundesweit Aufsehen erregte, ein neues Disziplinarverfahren. (jW)

Die Rote Hilfe. Zeitung der Roten Hilfe e. V., Jg. 45, Nr. 3/2019, 68 Seiten, 2 Euro, Bezug: Rote Hilfe, Redaktion, Postfach 32 55, 37022 Göttingen, E-Mail: rhz@rote-hilfe.de

<https://www.jungewelt.de/artikel/363856.neu-erschienenen.html>